

3 **Finanzielle Situation der AHV-Rentner**
Gut 50 Prozent der Rentner beziehen die zweite Säule sofort.

13 **Brexit im Endstadium**
Theresa May hofft wohl noch immer auf einen Kompromiss.

17 **Finaler Showdown in Uster**
SRC Vaduz ist Aussenseiter
Bianchetti und Co. gegen den Gastgeber

ANZEIGE

TOPJOB.li

Volksblatt



Freitag, 5. April 2019
142. Jahrgang Nr. 66

Die Tageszeitung für Liechtenstein



Heute

Kurze Sitzung
Landtag tagt im April für einen Tag

Heute beginnt – und endet – die Aprilsitzung des Landtags: Inhaltlich werden wohl die Aktuelle Stunde zu den liechtensteinischen Casinos sowie je eine Interpellationsbeantwortung zur finanziellen Situation im Rentenalter und zu Cybermobbing die Debatte dominieren.

Inland Die Historikerin Claudia Heeb-Fleck ging der Frage nach, wie sich das Geschlechterverhältnis zwischen Mann und Frau in Liechtenstein im Laufe der letzten Jahrhunderte verändert hat. Sie ortet immer noch eine Schiefelage. **Seite 7**

Wirtschaft Laut den am Donnerstag veröffentlichten AMS-FL-Erhebungen sind Ende März 343 Arbeitslose gemeldet gewesen – 14 weniger als im Februar und 0,1 Prozent weniger als im Vorjahresmonat.

Wetter Die Restwolken lockern sich im Laufe des Tages auf. **Seite 22**



Inhalt

Inland 2-7 **Kultur** 19
Ausland 12 **Kino/Wetter** 22
Wirtschaft 13+14 **TV** 23
Sport 15-18 **Panorama** 24

Fr. 2.50 **www.volksblatt.li**

Verbund Südostschweiz



www.volksblatt.li

Demonstration in Vaduz für mehr Solidarität im Gesundheitswesen

Trotz Im Städtle haben sich am Donnerstagabend Dutzende Menschen versammelt, um gegen die hohen Gesundheitskosten und für mehr Solidarität zu protestieren.

VON HANNES MATT

Demonstrationen kommen in Liechtenstein nicht sehr oft vor. Gestern Abend war es aber wieder so weit. Trotz der widrigen Wetterbedingungen haben sich knapp 70 Personen aller Altersgruppen – Schaulustige inklusive – vor dem Regierungsgebäude in Vaduz eingefunden, um gegen das Gesundheitssystem zu protestieren. Zuvor hatte die Liechtensteiner Patientenorganisation (LIPO) verlauten lassen, dass sie sich mit den Demonstranten solidarisiert und ihre Forderungen unterstützt.

Kritik an Selbstbehalt und Franchise

«Fakt ist, das die Gesundheitskosten zu einem wachsenden Problem für viele Bürger werden», so die Demo-Sprecherin per Mikrofon. Dieser Zustand sei nicht länger hinnehmbar. «Es ist an der Zeit, dass der Staat wieder seine Verantwortung wahrnimmt», betonte sie. «Wir möchten nicht tatenlos zusehen, wie die Gesundheitskosten einen noch grösseren Anteil unseres hart erarbeiteten Lohns auffressen.» Auch wegen des erhöhten Selbsthalts und der Franchise würden viele Menschen an ihre finanzielle Grenze geraten – und darüber hinaus. Franchise und Selbstbehalt sollten des-



Die Demonstranten trafen sich vor dem Regierungsgebäude. Hier trägt die Sprecherin die Forderungen vor. (Foto: MZ)

halb wieder auf ein moderates Niveau gesenkt werden, auch wenn die Prämie dadurch wieder steigen könnte. «Die Solidargemeinschaft soll für die Kranken und Hilfsbedürftigen einstehen», erklärte die Sprecherin. «Das heutige System von Franchise und Selbstbehalt tritt diesen Grundsatz mit Füßen.»

Die Demonstranten appellierten an die Politik, die genannten Probleme anzugehen und keine Scham davor zu haben, offensichtliche Fehlent-

scheidungen wieder zurückzunehmen. «Das Gesundheitswesen ist zu wichtig, als dass Eitelkeit einer vernünftigen Lösung im Weg stehen soll», so die Sprecherin. «Wir fordern die Rückkehr zur Solidargemeinschaft in der Krankenversicherung, Senkung von Franchise und Selbstbehalt, Erhöhung des OKP-Staatsbeitrags und die Erhöhung der Grenzen der Prämienverbilligung.» Der letzten Forderung nach Abschaffung des Zahlungsaufschubs ist der Staatsgerichtshof bereits zuvor gekommen.

Pedrazzini ist gesprächsbereit

Wie Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini gegenüber dem «Volks-

blatt» erklärte, hätten sich die Demonstranten zuvor nicht mit ihm in Verbindung gesetzt. «Ich lade sie gerne ein, sich bei mir zu melden, um mit einer Delegation einen Gesprächstermin zu vereinbaren.»

Demo-Fortführung möglich

Ob die Initianten der Demonstration dieses Angebot annehmen, liessen sie gestern noch offen. Zuerst möchten sich die Organisatoren untereinander absprechen. Eines steht aber schon fest: «Wenn unsere Anliegen nicht gehört werden, dann werden wir die Demonstrationen auf jeden Fall fortführen», wie Mitinitiantin Sevim Karakoc gegenüber dem «Volksblatt» bestätigt. **Seite 3**



ANZEIGE

Krautler
MODE. BEWUSST. SEIN.

»MEHR ALS 100 LABELS AUF ÜBER 800 M².«
»MODE BIS GRÖSSE 52.«

KRAUTLER MODE. BEWUSST. SEIN.
RINGSTRASSE 16 | 6840 GÖTZIS | AUSTRIA
WWW.KRAUTLER.COM

Leistungsaufschub aufgehoben Kassen müssen offene Rechnungen von 170 000 Franken zahlen

VADUZ Der Staatsgerichtshof (StGH) hob den umstrittenen Leistungsaufschub in seiner Sitzung am 25. März auf, wie das «Volksblatt» bereits berichtete. Der StGH beurteilte allerdings nicht den Leistungsaufschub an sich, sondern prüfte nur die gesetzlichen Grundlagen dafür. Das Krankenversicherungsgesetz sieht laut dem mittlerweile veröffentlichten Urteil keine ausdrücklichen Regelungen für den Fall vor, dass Versicherte mit ihren Beiträgen in Verzug geraten. Es könne aber nicht dem Verordnungsgeber – der Regierung – überlassen werden, ob und unter welchen Voraussetzungen ein Leistungsaufschub verhängt werden darf. «Vielmehr wäre es Sache des Gesetzgebers (Anm.: Landtag), für diese Fälle eine angemessene und sozial verträgliche Lösung zu finden und zu implementieren», befand der

StGH, der die Verordnung mit sofortiger Wirkung aufhob. Diesen Schritt um ein Jahr zu verschieben, wie von der Regierung beantragt, erachtete der StGH als unnötig. Es würden keine schwerwiegenden Nachteile drohen. Eine Ersatzregelung zu finden, sei zudem nicht besonders schwierig oder komplex.

Prämienzahler müssten einspringen

Auch der Liechtensteinische Krankenkassenverband (LKV) sieht nun die politischen Verantwortlichen in der Pflicht, eine Regelung zu finden, wie mit unbezahlten Prämien umgegangen werden soll. «Es ist jedenfalls zum Schutze der Solidargemeinschaft der Prämienzahlenden eine gesetzliche Grundlage für den Zahlungsaufschub zu schaffen», forderte LKV-Geschäftsführer Thomas Hasler gestern in einer Mitteilung.

Er schildert zudem, was das Urteil für die Kassen bedeutet. Derzeit seien Rechnungen von Leistungserbringern in Höhe von 170 000 Franken zurückbehalten worden, die nun ausbezahlt werden müssten. «Die Zahlung dieser Rechnungen wird nun auf die Versicherungsgemeinschaft beziehungsweise die über 99 Prozent der Versicherten überwälzt, welche regelmässig ihre Prämie zahlen», so Hasler. Die 290 Personen, die von einem Leistungsaufschub betroffen waren, würden den Kassen insgesamt ausstehende Prämien in Höhe von 2,7 Millionen Franken schulden. Dies sind pro Person gut 9300 Franken – bei einer mittleren OKP-Prämie von 341.10 Franken (Stand: 2019) haben die 290 Betroffenen also durchschnittlich seit 27 Monaten keine Prämien mehr bezahlt. (df)

Schwimmen

Julia Hassler greift im hohen Norden an

BERGEN Nach längerer Zeit ohne grösseren Wettkampf wartet auf Julia Hassler wieder ein internationaler Bewerb in Norwegen – und sie hat sich einiges vorgenommen. **Seite 15**

ANZEIGE

90
Allgemeines Jahre
Treuunternehmen

Jubiläumsbeilage in dieser Ausgabe!